

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1.50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle Stuttgart, Rüststraße 10
Fernsprecher Nr. 3800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Hüttenarbeiter, auf für den Achtstundentag!

Nach § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 steht allen Arbeitern, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Gasen, Staub und dergleichen oder der Gefährdung durch Sprengstoffe ausgesetzt sind, ein besonderer Schutz durch die Begrenzung der Arbeitszeit auf täglich acht Stunden zu. Ist eine Überschreitung aus Gründen des Gemeinwohls bringend erforderlich oder hat sich eine solche in langjähriger Übung als unbedenklich erwiesen, dann darf sie nicht mehr als „eine halbe Stunde“ betragen. Der Reichsarbeitsminister bestimmt, für welche Gewerbe- oder Gruppen von Arbeitern diese Beschränkung Platz greift.

Nachdem die Beschränkung auf nur einen kleinen Teil deutscher Industriearbeiter wichtiger Vorgang sind einige erläuternde und kritische Bemerkungen zu machen. Daß den Hüttenarbeitern trotz des § 7 der Arbeitszeitverordnung die Zwölfstundentag überhaupt aufgehoben werden konnte, ist durch die mehr und mehr zugunsten der Unternehmer wirkende Spruchpraxis der Schlichtungsausschüsse und durch die grundsätzliche Einstellung des Arbeitsministers für die Verlängerung der Arbeitszeit bedingt. Vor Jahresfrist hielten auch die christlichen Gewerkschaften die Überschreitung des Achtstundentages für geboten. Der Reichsarbeitsminister hat nun zwar in der Verordnung vom 21. Dezember 1923 den Achtstundentag als allgemeine Norm festgelegt, jedoch so viel Ausnahmen zugelassen, daß er für eine große Reihe von Gewerben praktisch nicht mehr besteht. Von den freien Gewerkschaften ist sofort scharfster Protest gegen die Arbeitszeitverordnung erhoben und im Fortgang dieser Bewegung die Herbeiführung eines Volksentscheides für den Achtstundentag beschlossen worden; für den eine stärkere Werbung in der Arbeiterpresse und in den Versammlungen erfolgen muß. Die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages für alle Arbeiter wird nur erreicht, wenn sie sich geschlossen dafür einsetzen und die breiteste Öffentlichkeit mobilisieren.

Die Unternehmer, allen voran die Schwerindustriellen, entfallen eine außerordentliche Rührigkeit gegen den Achtstundentag. Von ihnen können wir in diesem Punkte lernen. Der Herr Reichsarbeitsminister ist sicher nicht jeder sozialen Einsicht bar, aber er hat sich nach dem Krieg und insbesondere nach bedingtem Ruhrabwehrkampf zu stark der Unternehmerrassengruppe angeschlossen. Vielfach fand selbst bis in einsichtige sozialistische Kreise des Bürgertums hinein eine Verkennung der Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft an die veränderte Lage statt. Den Unternehmern ist allgemein die Entwicklung des Arbeitsrechts nach 1918 ein Dorn im Auge. Besonders die Schwerindustriellen streben die patriarchalischen Zustände der Vorkriegszeit an. Sie schätzen zur Erreichung dieses Zieles die Gefährdung der deutschen Wirtschaft durch den Zwölfstundentag vor. Ein unbefangener Blick auf die Lage der Weltwirtschaft zeigt, daß in sehr vielen Industriezweigen nicht nur ein Warenüberschuß durch verminderte Konsumfähigkeit, sondern ein Zurückbleiben an Produktionsmitteln vorhanden ist. Schon aus diesem Grunde ist mit dem Zwölfstundentag sehr wohl auszukommen. Erwägt man doch allen Ernstes in der Schwerindustrie bei der Schaffung eines europäischen Eisentartells eine Anteilnahme der Erzeugung für die einzelnen Länder, also eine Einschränkung, um die Preise hochzuhalten. Die weiterverarbeitende Industrie soll keineswegs die Vorteile des freien Wettbewerbs genießen, auf den man sonst so große Stücke hält. Man will sich eben in erster Linie den eigenen Profit sichern, den Arbeitern den sozialen Aufstieg verwehren und sie möglichst in das alte Hörigkeitsverhältnis zurückstoßen, dem sie mit Hilfe ihrer Gewerkschaften eben erst entronnen sind. Zu der Lage der Schwerindustrie und der deutschen Volkswirtschaft insgesamt ist die Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeitszeit nicht begründet. Beträgt doch beispielsweise der Lohnanteil an den Produktionskosten des Roh Eisens nur 4 bis 6 %.

Unter dem Druck der freien Gewerkschaften und der Einwirkung der Arbeiterorganisationen der übrigen europäischen Länder auf ihre Regierungen sah sich der deutsche Reichsarbeitsminister auf der Arbeitsministerkonferenz in Bern genötigt, auch in bezug auf die Annahme des Washingtoner Abkommens einzugestehen. Welche Vorbehalte und Einschränkungen hierbei gemacht wurden, ist nicht bekannt. Eine Vorlage ist inzwischen ausgearbeitet. Ob sie Gesetz werden wird, muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen stark bezweifelt werden. Die gewalttätige Umdeutung des Sinnes und Ergebnisses der letzten Reichstagswahlen in eine reaktionäre Reichsregierung läßt nichts Gutes hoffen. Die Regierung Luther steht dem Entgegenkommen an die Hoch- und Kolereiarbeiter mit gemischten Gefühlen gegenüber und sie wird wahrscheinlich weder willens noch fähig sein, die Annahme des Washingtoner Abkommens mit Nachdruck im Reichstag zu vertreten, wenn sie sich

zur Einbringung der Vorlage überhaupt entschließt. Hier wird der parlamentarische Kampf der Sozialdemokratie einzusetzen haben. Außerhalb des Parlaments gilt es, die Kräfte zu entschlossenem und zielklarem Handeln einzusetzen.

Die vom neuen Reichskabinett beschlossene Maßnahme ist nicht nur hinsichtlich des Zeitpunktes ihrer Verwirklichung, sondern insbesondere auch in bezug auf ihren Umfang zu beanstanden. Seit langer Zeit hat der Reichsarbeitsminister eine Verordnung für die Hoch- und Kolereiarbeiter öffentlich angekündigt. Wenn auch zuzugeben ist, daß vom Erlaß bis zur Durchführung der Verordnung eine gewisse Übergangszeit erforderlich ist, so ist doch die vorgezeichnete Übergangszeit bis zum 1. April 1925 zu lang. In den Hüttenwerken bestand mehrere Jahre die dreigeteilte Schicht, man kennt also die notwendigen Erfordernisse und hätte deshalb sehr gut den 1. März als Zeitpunkt des Wiedereintrittens der dreigeteilten Schicht bestimmen können. Durch die lange Frist wird nur der Agitation der Unternehmer gegen die Verordnung Zeit und Gelegenheit zur Entfaltung gegeben. Die Arbeiter müssen aufpassen, daß diese Gelegenheiten nicht doch die Oberhand gewinnen.

In sachlicher Hinsicht ist die geplante Maßnahme eine Halbheit. Ihr liegt keine große Idee und kein herzhafter Entschluß zugrunde. Es sieht so aus, als ob man eben etwas tun wollte, um dem einmal gegebenen Versprechen gerecht zu werden. Noch nicht einmal allen erhöht schutzbedürftigen Arbeitern soll die Wohlfahrt des achtstündigen Arbeitstages zugute kommen, sondern vorerst nur den Hoch- und Kolereiarbeitern. Warum dieser Schutz den unter gleichen Verhältnissen schaffenden Stahl- und Walzwerkstarbeiter sowie den schutzbedürftigen Arbeitern anderer Industrien vorenthalten wird, ist unverständlich. Hat doch der Reichsarbeitsminister selbst in einem Verzeichnis den unter dem Schutz des § 7 der Arbeitszeitverordnung zu stellenden Gewerbe- und Industrien vom 23. Juli 1924 wenigstens einen Teil der Arbeiter der Stahl-, Walz- und Schmiederei, sowie die der Blei-, Kupfer- und Zinkindustrie mit aufgenommen. Eine Erklärung für die veränderte Haltung kann nur darin gefunden werden, daß die Unternehmer seit dem Bekanntwerden der Absichten des Arbeitsministers dagegen angeklammert sind und der Reichsarbeitsminister vor diesem Ansturm zurückgewichen ist.

Wenn wir auch grundsätzlich der Meinung sind, daß die Arbeitszeitfrage für alle Arbeiter durch die schnelle Annahme des Washingtoner Abkommens geregelt werden muß, so haben wir selbstverständlich keinen Grund, die Vorwegregelung für die Hoch- und Kolereiarbeiter abzulehnen und zu sagen: Alles oder nichts. Wir betrachten die Einführung der dreigeteilten Schicht für die Hoch- und Kolereiarbeiter als einen ersten, wenn auch mäßigen Erfolg, als eine Abschlagszahlung, der weitere bald folgen müssen. Die Einführung der dreigeteilten Schicht, des Zwölfstundentages für die Hoch- und Kolereiarbeiter zwingt zur Übertragung auf die übrigen Arbeiter der Schwerindustrie, die dieses Schutzes nicht minder bedürftig sind. Auf diese Folge haben die Schwerindustriellen hingewiesen und dem Reichsarbeitsminister Bestrebtheit vorgeworfen. Sie haben das natürlich nur getan, um auch dieses geringe Entgegenkommen zu hintertreiben. Wir gehen vom entgegengesetzten Standpunkt aus, betonen aber gleichfalls, daß der erste Schritt notwendigerweise einen zweiten zur Folge haben muß, der auch den in den Stahl- und Walzwerken beschäftigten Hüttenarbeitern die dreigeteilte Schicht bringt. Voraussetzung, daß dies bald geschieht, ist eine lebendige Anteilnahme der Hüttenarbeiter an diesen Vorgängen.

Der Zwölfstundentag kann, wenn es nicht gelingt, ihn für die Arbeiter der Schwerindustrie auf dem Verordnungswege und für die Arbeiter aller übrigen Industrien durch die Annahme des Washingtoner Abkommens durchzusetzen, dann nur noch durch einen Volksentscheid eingeführt werden, nicht aber durch das häufig empfohlene Mittel des partiellen oder allgemeinen Generalstreiks. Die Hüttenarbeiter und auch die Arbeiter in den Maschinen- und Metallwarenfabriken haben alle Ursache, sich zu rühren, zu werben und zu streiken für den Zwölfstundentag, der gleichbedeutend ist mit dem Volkswohl und dem sozialen Fortschritt. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wendet diesen Fragen fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit zu. Auch die ausländischen Organisationen der Hütten- und Metallarbeiter nehmen lebhaft teil an der Gestaltung der Arbeitszeit in Deutschland. Dies geht schon daraus hervor, daß am 1. und 2. März in Köln eine

Internationale Konferenz der Hüttenarbeiter

stattfindet. Was an den ausländischen Kollegen liegt, werden sie tun, um die Wiedereinführung des Zwölfstundentages in Deutschland zu fördern. Sie tun das, weil sie wissen, daß der Zwölfstundentag in der deutschen Schwerindustrie eine Drangsal für die deutschen Kollegen, eine ständige Gefahr für den Zwölfstundentag im Ausland, eine Schmach für die Kultur der ganzen Welt ist.

Hüttenarbeiter, zeigt euch dieser Anteilnahme würdig. Schüttelt die Hie und da eingeriffene Verzagtigkeit ab. Die deutschen Schwerindustriellen waren und sind die Käufer nach dem Zwölfstundentag. Die deutschen Hüttenarbeiter müssen die Käufer, die Verfechter des Zwölfstundentages sein. Jetzt ist es höchste Zeit, daß ihr den Ruf laut erschallen laßt, den Kampf mit allen Kräften zu führen.

Aus dem deutschen Reichstag

Das Elend der Regierungsbildung in Deutschland schreit geradezu zum Himmel. Seit Wochen und Monaten schleppt es uns an einer Regierung, die die Verantwortung trug für die politischen und sozialpolitischen Vorkommnisse der letzten Zeit und die zugleich fähig und bereit war, die nötigen Schritte zu tun, um den arg verfahrenen Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen. Durch den elenden Kuhhandel um die Ministerstellen, der zwischen den bürgerlichen Parteien und Fraktionen getrieben worden ist, durch das erbärmliche Schachgeschäft unter den bürgerlichen Futurpolitikern, hat sich unsere Republik vor dem Auslande aufs schlimmste blamiert und im Inlande teils Ingrimm, teils Gelächter und teils hämische Befriedigung ausgelöst. Da die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei dem Kuhhandel grundsätzlich eine Beteiligung ablehnte, vollzog sich das Spiel lediglich zwischen den bürgerlichen Gruppen und Gruppen. Allerdings verstanden es weite proletarische Schichten im Lande nicht, weshalb die Sozialdemokratie, trotzdem sie die stärkste Fraktion im Reichstag ist, tatenlos beiseite steht, und die sozialdemokratische Presse hat es auch unterlassen, diese Stellungnahme ausreichend zu begründen oder wenigstens zu erklären. Heute liegt die Sache so, daß es in gewissem Sinne günstig für das Proletariat ist, wenn alle Welt sieht und merkt, daß das halb und ganz reaktionäre Bürgertum nicht imstande ist, eine lebensfähige Regierung zusammen zu schmieren.

Wie allgemein bekannt ist, drehte sich der Kuhhandel um die Besetzung der Ministerstellen unter Berücksichtigung der Ansprüche, die von den verschiedenen Fraktionen gestellt wurden. Die Volkspartei, die den Charakter ihrer Vorgängerin, der nationalliberalen Partei, auf die Dauer nicht verleugnen kann und ihrem ganzen Wesen nach Schautelpolitik treiben muß, wünschte die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung. In der Volkspartei spielt die großindustrielle, scharfmacherische Sippe die ausschlaggebende Rolle. Die Mehrheit in dieser Partei sieht sich nach rechts hingezogen und lehnt ein Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten und Demokraten ab. Das Zentrum hingegen sträubte sich, mit der deutschnationalen Partei gemeinsame Sache zu machen, weil deren arbeitserfeindliche Stellung zu deutlich zutage trat, daß der demokratisch-proletarische Flügel des Zentrums vor einem Zusammenarbeiten mit der Rechten zurückbeugte. Deshalb war das Bemühen von Marx, eine Koalition der Mitte mit der Linken zu bilden, von Anfang an zur Erfolglosigkeit verurteilt. Kein zahlenmäßig liegt die Sache so, daß Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten ohne Volkspartei keine Mehrheit im Reichstage haben, weil die Kommunisten durch ihr unheimliches Verhalten dies unmöglich machen. Würden sie zur positiven Arbeit im Reichstage bereit sein und der Linksopposition beitreten, so wäre die Möglichkeit gegeben, die Reichsparteien aufs trotze zu legen. Aber daran ist leider nicht zu denken, ein trauriges Zeichen politischer Rückständigkeit und des Unterwogens.

Die Deutschnationalen, denen infolge dieses unglückseligen Kuhhandes der Kamm schwoll, schraubten ihre Forderungen immer höher. Sie erhoben den Anspruch auf die einflussreichsten Ministerstellen, wobei sie durchblicken ließen, daß es ihre Absicht sei, auch in Preußen mit der Linksopposition aufzuräumen. An übergroßer Bescheidenheit haben diese „nach Bildung und Besitz maßgebenden Bevölkerungsschichten“, wie sie sich nennen, noch niemals gelitten, und auch jetzt wieder steigerten sie ihre Forderungen in der unerschämtesten Weise. Diese reaktionäre Sippschaft weiß ganz genau, was auf dem Spiele steht: es handelt sich um die Zollfrage, um die Beteiligung der sozialpolitischen Errungenschaften, um die Reinigung der Verwaltungskörper von den proletarischen Elementen, um die reaktionäre Gestaltung unseres Schul- und Bildungswesens, um die Vorbereitung eines militärisch-monarchistischen Staatsstreiches, kurz um demokratenfeindliche, republikfeindliche Maßnahmen aller Art. Mit einer Fähigkeit und Rücksichtslosigkeit jenseitigen Weltfolges die Deutschnationalen ihr Ziel, wobei sie das Wohl der Volksgemeinschaft mit Füßen treten und ihren Parteivorteil über alles stellen, und es gelang ihnen auch, Marx und seine Leute schachmatt zu legen.

Kunmehr erschien der „überparteiliche“ Dr. Luther auf dem Bildbühne, um eine Regierung zu bilden. Ein neuer Kuhhandel wurde begonnen, und schließlich gelang es diesem Politiker, eine Regierung zusammenzubringen. Das Zentrum wurde müde gemacht, kein Widerstand erschlaffte immer mehr, und so haben wir denn damit zu rechnen, daß unter dem Deckmantel einer unparteiischen Regierung eine ausgeprochene Reichsregierung die Fäden in die Hand bekommt, in der die republikfeindlichen Mitglieder die führende Rolle spielen. Es muß sich zeigen, ob sie lebensfähig sein und wie lange sie ihr Dasein stiften wird. Auf jeden Fall eröffnen sich dem deutschen Proletariat trübe Aussichten für die nächste Zukunft.

Schwerindustrieller Patriotismus

Summe, wenn unsere großen Patrioten ein gutes Geschäft machen wollen, schlagen sie hohe nationale Löhne an. Als sie gute Heeresaufträge brauchen, rufen sie nach einer starken Flotte zum Schutz des nationalen Handels; als es ihnen nach fremden Erzeugnissen geht, schrien sie, das liebe Vaterland sei in Gefahr; als sie nach kräftiger Ausprägung der Arbeiterschaft streben, blöken sie, die nationale Wirtschaft müsse wieder aufgebaut werden. So etwas macht Eindruck. Eine Klasse dummes Volk schreit da gern mit — und wird dafür gehörig gerupft. Noch ärger aber heulen die großen Patrioten, wenn die Arbeiter sich mit ihresgleichen jenseits der Grenze zusammenschließen. Da zeigt sich die nationale Presse sehr um das Seelenheil der lieben Proleten besorgt. Da werden sie gemarrt, sie würden zu Jueden jüdischer oder anderer teuflischer Geschäftsmacher mißbraucht. Ja, wenn doch nur die Arbeiter gute Deutsche blieben wollten und nicht den vermaledeiteten Internationalisten auf den Leib kriechen möchten. In allen Ländern seien die Proleten gute Patrioten, nur eben die deutschen seien so unvernünftig, nicht fest zu ihrer Nation zu stehen. Wenn aber die Proleten den Warnungen nicht folgen und keine Miene zeigen, sich den patriotischen Parteienängern und Freiwäpfern zuliebe das Fell über die Ohren zu ziehen, dann bekommen sie garstige Drohungen zu hören. Etwa so:

Wer eine Rettung des deutschen Volkes aus eigener Kraft erhofft, lehnt deshalb jeden internationalen Vergleich bei der Gestaltung unserer Arbeitsbedingungen ab. Können sich die Gewerkschaften von dieser ihrer falschen Betrachtung der Dinge nicht lösen, so wird keine Verständigungsmöglichkeit mit ihnen gegeben sein.

Diese Anklagung kommt nicht etwa von einer unserer uniformierten Exzellenzen, sondern von dem industriellen Geheimrat v. Dörflig. Aber sie ist leimerzeit in Gewerkschaftskreisen weitestgehend gelächelt worden. Die einen belächelten den Aberglauben, mit patriotischem Flötenspiel bei der organisierten Arbeiterschaft nach etwas

ausrichten zu wollen; die arderer lächelten über das allgemach ganz ausfichlos gewordene Unterlangen, den Gewerkschaften in Sachen nationaler Bedeutung Nachschläge zu erteilen. Vergleichen könnte heutzutage vielleicht nur noch der Schweißindusriefle wagen, der durch seine nationale Opferwilligkeit zu beweisen imstande ist. Kennt jemand einen solchen? Es ist eine augemachte Tatsache, daß die nationalen Patrioten, die Peter und Wardo über den Internationalismus der Gewerkschaften schreiben, es ganz in der Ordnung finden, sich mit den „Erbsünden“ zu ammenzusetzen, um mit ihnen ein Spindat oder ein Abkommen zu treffen zur Berigung der Tücken der heimischen Verbraucherschaft oder zur Anhebung der Arbeiter. Aber: Deutschland, Deutschland über alles? Unfimm: wenn es sich um kapitalistische Geschäft handelt, kann man sich doch nicht um solch kindlichen Singfang kümmern. Für Erhärtung des Gefagten möge eine Meldung dienen, die dieser Tage durch mehrere deutsche Zeitungen ging und die wir der Weltbühne entnehmen:

Eine Klage Krupp gegen Widars.

Die Londoner Daily Mail meldet, daß im nächsten Jahre vor einem deutsch-englischen Gerichtshof ein Prozeß zur Verhandlung kommen wird, in welchem die Firma Krupp gegen die englische Firma Widars Klage erhoben hat wegen Zahlung einer Lantime auf Granatengründe, die die Firma Widars während des Krieges für die britische Armee hergestellt hat. Der Fall ist bereits im September verhandelt und verurteilt worden. Krupp reklamiert eine Lantime von 1 Schilling 6 Pence für jeden Hunder sowie 6 v. H. Zinsen, im ganzen einen sehr ansehnlichen Betrag. Die Klage gründet sich auf ein Abkommen, das zwischen den Firmen Krupp und Widars im Jahre 1902 abgeschlossen wurde, und nach de. die Firma Widars sich bereit erklärte, auf jeden Hunder eine Lantime zu zahlen, der nach den Plänen der Firma Krupp hergestellt würde. Bei Ausbruch des Krieges löste die Firma Widars mit den Zahlungen auf.

Die Verantwortung für die Nichtigkeit dieser Meldung müssen wir natürlich der Daily Mail überlassen. Dieser Kunde noch ein Wort beifügen, bliebe ihre Wirkung abschwächen. Jedermann ist imstande, sich selbst einen Keim darauf zu machen.

Betriebsrätewahl und die KPD

Aus dem Ruhrgebiet schreibt ein alter Kollege: Die bevorstehende Neuwahl der Betriebsräte erweist im kommunistischen Blätterwald ein mächtiges Kränchen. Es wird hervorgehoben, daß diese Betriebsrätewahl eine viel größere Bedeutung hätten wie die Wahlen zum Reichstag im Dezember u. Z. Den Arbeitern, die bei den Reichstagswahlen den Versprechungen der KPD bezüglich des Achtstundentags, höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen Glauben geschenkt, werde in kurzer Zeit offenbar werden, daß die Sozialdemokratie im Verein mit den bürgerlichen Parteien weitere Maßnahmen zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeitererschaft treffen werde. Aus diesem Grunde müsse es Aufgabe der neu zu wählenden Betriebsräte sein, die gesamte Arbeitererschaft zusammenzufassen zum Kampfe für die Forderungen des Sozialer Programms (der KPD) und um der Front der Ausbeuter und ihrer „sozialdemokratischen Lataien“ die rote Kampffront aller Arbeiter unter Führung der roten Betriebsräte gegenüberzustellen. Alle Kräfte müssten aufgeboten und alle Vorbereitungen getroffen werden, insbesondere der Ausbau der Betriebszellen, damit nur „rote Betriebsräte“ gewählt würden. Die Gewerkschaften müssten, so heißt es weiter in der kommunistischen Presse, zu Kampforganen der Arbeiter gemacht werden. Darum dürften nur solche Leute als Betriebsräte vorgeschlagen und gewählt werden, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Jeder Gewerkschaftsmann müsse sich in die zuständige Gewerkschaft. Auf diese Weise sei es möglich, der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ihre Bestrebungen, die „Arbeitererschaft dem Unternehmertum dienlich zu machen und ihm ergebene Betriebsräte zu verschaffen, zu zeigen.

Diese Anschauung der kommunistischen Presse bekämpft auf neue Weise die These, daß der Einfluß der „Einheitsfrontkämpfer“ bei der Arbeitererschaft sehr stark gemindert ist. Die Arbeitererschaft hat einsehen, daß sie durch Befolgung der Nachschläge der KPD immer mehr an Schlagkraft eingebüßt hat, zum eigenen Schaden und zum größten Entsetzen der Unternehmertum.

Erhebt man nicht, wie die kommunistischen Zeitungen ihren Lesern aus Herz legen, nur ja mit dem „unwiderlichen Verantwortungsgesühl“ an die Betriebsräte heranzugehen. Wenn diese Art von Mitgebern Verantwortungsgesühl bejahe, Hände es wahrhaftig jetzt trotz Versailles, Diktat, Inflation und Ruhrkrieg weitaus günstiger um die gewerkschaftliche Einheit der Arbeitererschaft. Ist es nicht begründlich, daß, nachdem jahrelang die Gewerkschaften in der gemeinsamen Weise heruntergerissen, ihre verantwortlichen Beamten durch den Rot geschleift wurden, jetzt nach der Revolution zu ungeschlossenen Heeren zum Zell wieder jahreslangständig wurden?

Beil nun die zu Dienste Kämpfer stehenden Leute eingesehen haben, daß infolge ihres Treibens ihr Einfluß bei den auseinandergerissenen Massen immer tiefer sinkt — Beweis die vielen „verrätlichen“ Rundschreiben der KPD —, darum der in der letzten Zeit ständig wiederkehrende Ruf: „Hinaus in die freien Gewerkschaft!“ Hört die Einheitsfront! Das die benannt angeforderten Arbeiter, denen man jahrelang die Gewerkschaften als den Anker aller Schicksalszeiten und die an ihrem Elend allein Schuldigen hingestellt hat, sich unwillkürlich an die Stirn tippen und sagen: Sind unsere „Zugler“ wohl noch irreduzibel? Ist begründlich. Der tiefere Grund zu dem in der letzten Zeit wogenden Stimmungswechsel der KPD gegenüber den Gewerkschaften ist, den verlorebenen Einfluß auf die Massen mit Hilfe ihrer Leute in den Gewerkschaften zurückzugewinnen. Darum auch das ständig wiederholte: „Hinaus in die freien Gewerkschaften! Dem christlichen Arbeiter ist der Eintritt zu jeder Zeit offen, den herauswürgenden Verleumdern der Gewerkschaften aber muß in nicht möglicher Weise bedauert werden, daß in

Eisenmischungen

Als eine Feuerfestigkeit von 18 bis 25 kg pro Quadratmillimeter.
Von Hül-Ingénieur Hugo Mainz.

Bei der Herstellung geschweißter Gegenstände sind bestimmt einzuhalten. Diese Besondere sind vorzuführen. Anders verhält es sich, wenn eine Eisenart zum Beispiel Stahlblech, Drahtblech usw. angewendet hat. In solchen Fällen kommt man mit Eisenmischungen, Eisenmischungen I und III nicht aus. Wir sind geneigt, noch andere Mischungen mit hängenswerten, welche man Spezialmischungen nennt. Diese sogenannten Spezialmischungen haben durchweg einen niedrigen Siliziumgehalt. Wenn wir uns nun der früheren in der Metallarbeiter-Vereinigung erörterten Erörterungen erinnern, so haben wir wohl noch behalten, daß das Element Silizium in der Eisenmischung eine hervorragende Rolle spielt. Es heißt bekanntlich von Natur aus die Eisenart, den im nächsten enthaltenen geschweißten Gegenstand zum Teil in eine andere Richtung, der geschweißten Gegenstände, und zwar in dem Ausmaß, wo der höchste Gehalt in dem letzten Maßstab übergeht. Wir haben hierzu erklärt, daß hochsiliziumhaltige Eisenmischungen ein niedriges und gut bearbeitbares Siliziumgehalt ergeben. Umgekehrt aber wird das Silizium sehr viel zu hoch sein, wenn die Eisenmischung niedrig siliziumhaltig ist. Wollen wir also ein sogenanntes Spezialmischungen (Spezialblech) herstellen, müssen wir die Eisenmischung mit niedrigem Siliziumgehalt einstellen. Unsere Mischungen, wie Eisen I, Eisenmischungen I und III, kann man bei Stahlblechen wohl in bestimmten Größen verwenden; man ist aber geneigt, Spezialmischungen hängenswerten. Man ist dabei nicht an bestimmte Marken gebunden, es haben sich aber eine große Anzahl zur Verfügung. Wenn man aber von der geschweißten Eisenmischung der sogenannten Spezialmischungen keine Verwendung bezieht, ist man sich solche Eisenmischungen von einem Fachmann einstellen lassen.

Beil nun den in einigen Zeitschriften angegebenen Rezepten sind zu vermeiden. Der einzig richtige Weg ist der, daß man die zur Ver-

fahren für sie kein Platz mehr ist. Dies ist aus Gründen der Erhaltung der so mühsam wiederhergestellten Geschlossenheit unseres Verbandes geboten.

Die kommunistische Presse fordert, „nur rote Betriebsräte“, also der KPD ergebene Leute zu wählen. Das läuft auf parteikomunistische Kandidaturen hinaus. Würde die Aufforderung der „Einheitsfrontkämpfer“ befolgt, so wäre die Einheitsfront der freigewerkschaftlichen Belegschaft gespalten. Die Unternehmer lachten sich ins Fäustchen, das gelbe Gewürm läme oben auf.

Hätte die kommunistische Parteileitung die ehrliche Absicht, eine Einheitsfront bei den Betriebsratswahlen herzustellen, würde sie nicht alle die freien Gewerkschaften, die nicht im Besitz eines kommunistischen Kardinalsinns sind, als „Kapitalistataten“ und „dem Unternehmertum ergeben“ hinzustellen versuchen. Dann würde den Unternehmern nicht Rändig vor Augen geführt, daß die freigewerkschaftliche Arbeitererschaft zerrissen ist. Kein ehrlicher Gewerkschafter wird sich weigern, mit kommunistischen Kollegen auf einer gemeinsamen Liste zu stehen, was aber von den Kollegen der KPD verlangt werden muß, ist, daß sie sich nicht als Hauptträger der kommunistischen Partei, sondern als Mitglieder ihrer Gewerkschaft betrachten und demzufolge handeln.

Die Betriebsräte können nur dann den ihnen gestellten Aufgaben gerecht werden, wenn sie sich bei ihrem Wirken auf starke Gewerkschaften stützen können. Ein Paar, das innerlich zerrissen ist, vor dem Brauch der Gegner keine Furcht zu haben. Aus diesem Grunde kommt es nicht nur darauf an, die fähigsten Kollegen in die Betriebsverteilungen zu wählen — was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte —, sondern vor allen Dingen auch, die Gewerkschaften durch rührende Kleinarbeit zu stärken, fleißig für sie zu werden, um dadurch ihre Stützkräfte zu erhöhen. Wer sich nicht auf den Boden der Verbandstagsbeschlüsse stellen, wer die selbstgeschaffenen Gejeße der Organisation nicht achten und nicht danach handeln will, hat das Recht weigert, Mitglied einer freigewerkschaftlichen Organisation zu sein. Die Betriebsräte müssen in Zukunft weit mehr wie bisher tätige Glieder der Gewerkschaft sein. Dies ist jedoch nur dann zu erreichen, wenn sie bei ihrem Wirken das Vertrauen der Belegschaft besitzen. Dieses Vertrauen wird aber nicht dadurch gefördert, daß man Unmögliches von ihnen fordert, auch nicht dadurch, daß sie durch den Schmutz geschleift werden.

Die Wucherfleischpreise

„Den besten Absatz haben die Kosschlächter.“
(Allgemeine Fleischzeitung Nr. 297. Bericht über das Weihnachtsgeschäft in Südböhmen.)
„Die Fleischpreise sind keineswegs zu hoch.“ (Allgemeine Fleischzeitung Nr. 293.)

Da nun kein Mensch einen Schweinebraten liegen läßt und Pferdefleisch bevorzugt, ist es angebracht, einmal die Preisbildung für Fleisch zu untersuchen. Nach den Feststellungen der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer kosteten (in Mark):

	1913	März 1924	Nov. 1924
Läshen (50 kg Stallpr.)	42,75	31,50	31,85
Schweine (50 kg Stallpr.)	46,85	52,40	60,94

Es ergibt sich eine beträchtliche Preissteigerung für die Landwirtschaft, von der der Berliner Allfischermeister Krager behauptet, die Landwirtschaft verdient 50 bis 60 v. H. mehr als in der Vorkriegszeit.“ Wie steht es aber mit dem Verdienst der Fleischmeister? Vor uns liegt eine Feststellung des Deutschen Wirtschaftsrats. Danach entwickelten sich im Monat Oktober die Verkaufspreise und die Verdienstupanne wie folgt. Es kostete Rindfleisch (Monat Oktober) in Berlin (in Pfennigen für 1 Kilogramm):

Wartpreis für den Verbraucher	Lahenpreis	Verdienstupanne	
erste Woche	84	200	238 v. H.
vierte	74	200	270

Unsere Ausstellung ergibt: Die Marktpreise fallen, die Lahenpreise bleiben aber fest. Dadurch ergibt sich eine Vergrößerung der Verdienstupanne der Fleischler von 238 auf 270 v. H. Auf Grund dieses Wuchers erklären sich folgende Feststellungen der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer. Es kosteten (in Kleinhandel) in Pfennigen das 1/4 Kilogramm:

	1913	März 1924	Nov. 1924
Rindfleisch	98	82	112
Schweinefleisch	76	106	129

Dieser unerhörte Wucher wird deutlich, wenn wir die Preise für die einzelnen Fleischsorten betrachten. Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin ergeben sich für 1 Kilogramm folgende Preise:

	Dez. 1923	Dez. 1924	Überpreis
Kalbsteif, Reule	210	250	83,3
Schweinefleisch, Kamm	170	250	62,9
Schweinefleisch, Bauch	160	240	60,0
Schinken, roh	360	450	88,3
Speck, inländ. fett	200	250	60,0
Speck, inländ. mager	230	300	60,0
Rindfleisch	140	240	71,4
Schinken	130	240	64,6
Leberwurst, feine	240	320	63,3
Blutwurst, feine	120	160	66,6
Kosfleisch	90	120	66,6

Angesichts der Löhne der Arbeitererschaft braucht nicht über diesen Wucher gesagt zu werden, der Fleischverbrauch und Ernährung lebensfähig einchränkt. Nur eine Äußerung der agrarischen Deutschen Tageszeitung soll hier wiedergegeben werden, die in einer Erörterung gegen die Fleischkassette, daß die Verdienstupannen im Fleischgewerbe nicht mehr und nicht weniger als 135 v. H. betragen. Dazu gehört aber notwendig eine Mitteilung der Deutschen Berg-

werkszeitung, wonach eine Untersuchung in einer rheinischen Stadt folgendes ergeben hat: Die Zahl der Metzgereien ist gegen Vorkriegszeit um 50 v. H. gesunken, der Fleischverbrauch hat aber um 25 v. H. abgenommen. Das bedeutet für die Kleinhandler, daß sie um dasfelbe Einkommen wie 1914 zu erzielen, schon 75 v. H. höhere Handelsaufschläge nehmen müssen.

Diese Feststellung besagt alles: Der Verbrauch vermindert sich, die Arbeitslosigkeit unter den Fleischgebern steigt, die Preise schnellen in die Höhe — und Landwirtschaft und Fleischmeister verdienen besser als 1914. Helfen kann nur vermehrte Einfuhr in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und strenger Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen Organisation.

Der Arbeitsmarkt im November 1924

Kl. Das Angebot und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt kennzeichnen am besten unsere wirtschaftliche Lage. Je mehr Arbeitslose wir haben, desto trauriger liegen unsere wirtschaftlichen Verhältnisse. Es ist deshalb sehr erfreulich, daß die Zahl der Arbeitslosen, wenn auch nur in geringer Anzahl, gegenüber dem Vormonat abgenommen hat. Nach den Feststellungen der Reichsarbeitsverwaltung betrug die Zahl der Arbeitsuchenden im November 1 338 470. Hieron waren 1 024 643 männlich und 311 822 weiblich. Im Vormonat (Oktober) betrug die Gesamtzahl aller Arbeitslosen 1 420 200 (1 080 292 männlich und 346 668 weiblich). Es ist demnach eine Besserung von 6 v. H. eingetreten. Diese günstige Entwicklung ist in der Hauptsache auf das Weihnachtsgeschäft zurückzuführen. Eine Abnahme der Arbeitslosigkeit war zu verzeichnen im Leder-, Papier- und Holzgewerbe und in der Spielwarenindustrie. In den im Freien arbeitenden Berufen (Erd- und Straßenarbeiten, Baugewerbe usw.) stieg wegen der Witterung naturgemäß die Zahl der Arbeitslosen. Die Zahl der überhaupt angebotenen offenen Stellen fiel nach den Angaben der Arbeitsnachwehler von 536 208 im Oktober auf 447 213 im Berichtsmonat. Hauptunterstützungsempfänger der Erwerbslosenfürsorge wurden im November 436 890 gezählt. Davon waren 400 772 männliche und 36 018 weibliche Personen. Man kann daraus ersehen, daß weibliche Arbeitskräfte von den Arbeitgebern wegen der geringeren Entlohnung bevorzugt werden. Im Oktober betrug die Zahl der unterstützten Voll-erwerbslosen 435 321 (396 193 männlich und 39 128 weiblich). Betrachtet man die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in den verschiedenen Ländern und Städten, so ergibt sich eine große Verschiedenheit. Die meisten Unterstützungsempfänger hat die Stadt Braunschweig. Hier kommen (am 1. Dezember 1924) auf 1000 Einwohner 85,9 Unterstützungsempfänger. An zweiter Stelle kommt Anklam mit 31 unterstützten Erwerbslosen auf die gleiche Zahl Einwohner. Die niedrigste Zahl weist Suttgart auf. Auf 1000 Einwohner kommen in dieser Stadt 1,5 Unterstützungsempfänger. Ähnliche Bilder ergeben sich, wenn man die einzelnen Länder vergleicht. Auch in den einzelnen Berufsgruppen ist die Zahl der Arbeitslosen sehr verschieden. Nach den Feststellungen der Reichsarbeitsverwaltung bestand die größte Arbeitslosigkeit von allen Berufen im Baugewerbe. Auf je 100 Mitglieder dieser Berufsorganisationen kamen 9,5 Voll-erwerbslose. (Zugrunde gelegt waren die Angaben der freien, der christlichen und kirchlich-unterstützten Gewerkschaften.) Am meisten beschäftigt war das Berufsfeld des Kleingewerbes. Hier kamen auf 100 Mitglieder nur 1,5 Arbeitslose.

Sehr erfreulich ist, daß die Kurzarbeit sehr abgenommen hat. 35 verschiedene Gewerkschaften und Verbände berichteten hierüber der Reichsarbeitsverwaltung. Von den 2,96 Millionen Mitgliedern dieser Verbände arbeiten 222 377 Personen verkürzt. In Hundertteilen ausgedrückt, betrug die Zahl 7,5 v. H. aller Mitglieder gegen 12,2 v. H. im Vormonat (Oktober).

Achtstundentag und Selbe

Je mehr die freien Gewerkschaften auf die Wiedererführung des gesetzlichen Achtstundentages durch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens drängen, um so lauter werden die Stimmen, die sich verächtlich „waterländische Arbeitnehmer“ nennen, im Kampf gegen den Achtstundentag. Im Blatt der Selben hat jetzt ein bezahlter Kapitalistenberliner folgende Weisheiten gegen den Achtstundentag verbroschen, die wir unseren Kollegen nicht vorenthalten möchten. Es heißt dort:

„Die landesverräterische Revolution . . . hat der Entwicklung zur wirtschaftlichen Tragbarkeit des Achtstundentages ein Ende gesetzt. . . . Die Revolution „verwirklichte“ trotzdem den Achtstundentag. Mit welchem Erfolg? Wer seine Familie ernähren wollte, war gezwungen, durch Schwarzarbeit noch etwas hinzu zu verdienen. Stundenlang mußten die Frauen anstehen, um für den Lohn des Mannes auch nur die primitivsten Nahrungsmittel zu erhalten.“

„Der bedeutendste Teil, auch der gewerkschaftlich organisierten Arbeitererschaft, sei dieser Auffassung. Es sei gar nicht die Arbeitnehmerschaft, die in der Arbeitslosigkeitfrage Sturm laufe, sondern die Gewerkschaften selbst, die aus eigennützigem Organisationsinteresse die Dinge auf die Spitze treiben.“

„Die jetzigen Gewerkschaftsführer wollen halt auch mal Minister oder sonstige hohe Staatsbeamte werden mit schloßartigen Villen und Dienstautos. . . . (Darum keinen Achtstundentag! Heilige Einfalt!)“

„Dem Achtstundentag als demagogischen Götzen der Gewerkschaften das soziale Bild der Arbeitnehmerschaft noch einmal opfern, weiß die waterländische Arbeitnehmerbewegung mit Enttötung zurüd.“

Kollegen, seht euch in den Betrieben diese waterländischen Arbeiterbeglieder etwas genauer an.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge

was dasfelbe ist, der Flächeninhalt des runden Probefabes von 20 mm Durchmesser, sauber und auf genaues Maß abgedreht. Der Flächeninhalt einer Kreisfläche wird aus den Zeiten der Volkschule noch bekannt sein, also Flächeninhalt = 3,14 · d² / 4. Hierbei bedeutet „d“ den Durchmesser des Rundstabes = 20 mm. Föhren wir diesen Wert in obige Grundformel ein, so erhalten wir:

$$P = \frac{3,14 \cdot d^2}{4} \cdot kz$$

Der Buchstabe k mit dem Index z ist die Bezeichnung für die Bruchspannung, und diese Größe muß aus der letzten Formel durch Nachwärtswärkung ermittelt werden. Sehen wir für d zunächst den Zahlenwert 20 ein, so erhalten wir:

$$P = \frac{3,14 \cdot 20^2}{4} \cdot kz \text{ oder: } P = \frac{3,14 \cdot 20 \cdot 20}{4} \cdot kz$$

oder P = 314 · kz, weil 3,14 · 20 · 20, geteilt durch 4 = 314 ist. Sehen wir auch für P den Zahlenwert ein, so ist 6000 = 314 · kz. Um nun die Bruchspannung kz zu erhalten, müssen wir vorstehenden Ausdruck nach kz umformen, indem wir links und rechts vom Gleichheitszeichen durch die Zahl 314 teilen, also:

$$\frac{6000}{314} = kz$$

Durch Kürzung rechts nach Gleichheitszeichen wird kz endlich freigemacht, wir haben also:

$$kz = \frac{6000}{314} = 19,1 \text{ kg Bruchfestigkeit oder Bruchspannung je Quadratmillimeter.}$$

Kurzum sei eine Eisenmischung für Lokomotivfabriken bekanntgegeben, welche sich mit bestem Erfolg anwendet. Nach dieser Eisenmischung sind etwa 20 Zylinder gegossen worden und ergaben die Probehabe durchweg die vorgegebene Festigkeit, im Mittel etwa 19 kg pro Quadratmillimeter. Es stand mir ein Ofen von etwa 4000 kg rüudlicher Schmelzleistung zur Verfügung. Die Eisenart ober, wie man auch sagt, der Eisenart betrug 500 kg. Hierfür wurden

Betriebsvertretungen und ihre rechtliche Bedeutung

Die Betriebsratswahlen stehen vor der Tür. Die Gewerkschafter müssen darauf hinarbeiten, daß als Betriebsvertreter erfahrene und geschulte Kollegen...

Die Unternehmer und deren Syndikats versuchen immer mehr, die im Betriebsratgesetz niedergelegten Rechte der Arbeiter zu beschneiden. Dieses Spiel muß aufhören.

Der Firma S. in Pforzheim war die Bezahlung der notwendig verkauften Arbeitszeit schon längst ein Dorn im Auge. Sie verweigerte die Bezahlung der verkauften Arbeitsstunden.

Vereinbarung.

Um für die Folge Mißverständnisse und Unklarheiten zu vermeiden, ist die Übung des Amtes als Betriebsratsobmann beim Betrieb S. und dem Betriebsratsobmann, Herrn M., folgende Vereinbarung getroffen:

1. Beschwerden über sonstige Beanstandungen seitens der Arbeitnehmer sind in erster Linie dem Kabinettmeister vorzutragen. Der Kabinettmeister meldet den Fall Herrn M. und wird derselbe die Angelegenheit nach Möglichkeit (?) regeln.

2. In diesem Falle muß dann die Ablehnung von der Affordarbeit und der Wiederbeginn derselben beim Kabinettmeister gemeldet werden.

3. Hat der Betriebsobmann oder eines der Betriebsratsmitglieder einen Betriebsfall zu erledigen, so ist dem betreffenden Kabinettmeister unter Angabe der Art des Falles und des Arbeiters hiervon Meldung zu machen.

Der Kabinettmeister legt hiervon Herrn M. in Kenntnis, welcher dann entscheidet, ob der Fall schon beim Kabinettmeister erledigt werden kann oder durch ihn selbst.

4. Betriebsratsmitglieder finden außerhalb der Arbeitszeit statt (§ 30).

Ausnahmen können nur in ganz dringenden Fällen stattfinden und nur nach vorhergehender Rücksprache mit der Betriebsleitung unter Vorlegung des Grundes.

Pforzheim, den 8. Dezember 1924.

Diese Vereinbarung wurde natürlich vom Betriebsrat abgelehnt, da sie die freie Beschwerde der Arbeiter beim Betriebsrat beeinträchtigt und somit im Widerspruch zu den Bestimmungen des BRG steht.

Die Betriebsratsmitglieder üben auf Grund gesetzlicher Bestimmungen ein Amt aus (§ 35 BRG). Das Amt des Betriebsrates unterliegt keinerlei privaten Abmachungen und Einschränkungen.

Wir halten uns angesichts der bevorstehenden Neuwahlen für verpflichtet, noch einige Fingerzeige anzufügen:

Die Betriebsratsmitglieder üben auf Grund gesetzlicher Bestimmungen ein Amt aus (§ 35 BRG). Das Amt des Betriebsrates unterliegt keinerlei privaten Abmachungen und Einschränkungen. Die Betriebsratsmitglieder sind vom Gesetzgeber als öffentlich-rechtliche Rangseinrichtungen gewollt.

an Schmelzlofen benötigt: 10 v. D., also 10.500/100 = 50 kg Schmelzlofen je Eisenst. Der Kalksteinverbrauch betrug 30 v. D., bezogen auf den Kalkst. also 30.50/100 = 15 kg Kalkstein je Eisenst.

Der mit einem Vorfeld versehen und sagte zwei Drittel der flüchtigen Schmelzleistung, also ungefähr 2700 kg. Die Lokomotivzylinder hatten eine durchschnittliche Eisenstärke von 25 mm. Demzufolge stellte ich meine errechnete Eisenstärke auf ungefähr 1,4 v. D. Eisenst.

Eisenmischung für Zylinder Nr. 2.

Table with 11 columns: Fe, Si, S, P, Mn, Cu, C. Rows for different materials and their percentages.

Ihr Amt behindert Betriebsratsmitglieder — sehr oft gegen ihren Willen — an der Ausübung der produktiven Tätigkeit. Das Mitglied des Betriebsrates seine Tätigkeit pflichtgemäß aus, so verläßt es pflichtgemäß die Arbeit, die nach § 35 BRG als notwendig für den Betrieb von Arbeitern zu bezeichnen ist.

Der ladierte Gelbe

Seine schöne Geschichte mit erstem Hintergrund Ort der Handlung: Chemnitz. Personen: Ein paar helle Sachsen. Arbeiter, darunter Metallarbeiter. Ein geleiteter Preuße, der gleichzeitig Gründer gelebter Werkvereine ist.

Die Chemnitzer Arbeiterbewegung hat ebenfalls unter den Folgen der Inflation gelitten. Die Deutschnationalen und Haltekreuzler glaubten, diese Lage zur Gründung gelebter Werkvereine auszunutzen können. Zu diesem Behufe schickten sie einen begabten Mann nach Chemnitz, der in den Betrieben werben sollte.

Da meldet sich eines Tages bei dem Herrn Obergelben ein einzelner Arbeiter, jagte, daß sein Name „Höfel“ sei und er in einem größeren Betrieb arbeite. Er und seine Kollegen wünschten, etwas über die vaterländische Arbeiterbewegung (die gelbe) unterrichtet zu werden.

Die Arbeiter versprachen, im Betrieb unter „Gesinnungs-Freunden“ zu werben, damit die vom gelben Sekretär einuberufende Versammlung gut besucht werde. Die Sache klappte wieder glänzend, Herr „Höfel“ tat sein Möglichstes, um viele Arbeiter in die Versammlung zu bekommen.

Als die Versammlung glänzend, genügend unterrichtet zu sein, erhob sich der Vorleser, „Genosse Höfel“ und dankte dem Redner für die interessanten Ausführungen und teilte ihm mit, daß er seine Ausfühungen vor freien Gewerkschaftern und Sozialdemokraten gemacht habe.

Die vom Blitz getroffen, sah der Mann da; er vermochte sich weder zu erheben, noch zu sprechen während der Ausführungen des Genossen „Höfel“. Der letzte Blutstropfen war aus seinem Gesicht verschwunden; ein Streifen war ein glühender Sonnenball gegen die vor Furcht erstarrten Gesichtszüge.

Als er jedoch hörte, daß seine kostbare Person ungefährdet sei, erhob er sich, noch immer zitternd, packte seine Klappe zusammen und — bedankte sich für die freundliche Behandlung, die ihm wider Erwarten zuteil wurde. Nachdem ihm noch ein Genosse seine Bekundungen und bewußten Lügen vorgelesen hatte, schwankte er hinaus unter dem lauten Gelächter der Anwesenden.

Auf diese Art haben die Chemnitzer Kollegen erfahren, mit welchen Mitteln die Werkvereine ins Leben gerufen werden. Der ladierte Gelbe hatte den Zuschreibern erzählt, daß er mit den Unternehmern Hand in Hand arbeite.

Als er jedoch hörte, daß seine kostbare Person ungefährdet sei, erhob er sich, noch immer zitternd, packte seine Klappe zusammen und — bedankte sich für die freundliche Behandlung, die ihm wider Erwarten zuteil wurde. Nachdem ihm noch ein Genosse seine Bekundungen und bewußten Lügen vorgelesen hatte, schwankte er hinaus unter dem lauten Gelächter der Anwesenden.

Auf diese Art haben die Chemnitzer Kollegen erfahren, mit welchen Mitteln die Werkvereine ins Leben gerufen werden. Der ladierte Gelbe hatte den Zuschreibern erzählt, daß er mit den Unternehmern Hand in Hand arbeite.

Abbrand und Schwefelzunahme

Table with 11 columns: Fe, Si, S, P, Mn, Cu, C. Rows for different materials and their percentages.

Ergebnisse der Zerbrechversuche: Probe Nr. 1 = 18,47 kg. Nr. 2 = 20,7 kg pro Quadratmillimeter.

Diese Angaben, der Praxis entnommen, beschäftigen auf das Beste, daß es notwendig ist, Eisenmischungen auf Grund vorliegender chemischer Zusammenhänge der Rohmaterialien zu berechnen. Nur auf diese Weise ist es möglich, die verlangten Festigkeitszahlen zu erreichen.

Wir wollen hier auch einmal die wirtschaftlichen Schäden beleuchten, die dadurch entstehen, daß die vaterländische Eisenbahnverwaltung gewöhnlich diejenigen Zylinder, welche die Festigkeit von 16 kg je Quadratmillimeter nicht erreichen, zurückweist.

Table showing costs for boiler materials: Formierlohn das Stück, Kernmacherlohn das Stück, Kugellohn das Stück.

erstarkt sei, werde man ein Büro mit Arbeitsnachweis errichten, das nur vaterländische Arbeiter vermitteln. Die Unternehmer erhielten die Mitglieder der Werkvereine und dann würden Qualifikationen und sonstige Bevorzugungen erfolgen.

Alles dieses und noch vieles andere gab der Mann den Chemnitzer Arbeitern zum Besten. Die Arbeiter schickten nun, was ihrer Herrt, wenn die Gelben an Einfluß in den Betrieben gewinnen sollten.

Die weiße Salbe wieder eingepackt

Als nach den Novembertagen von 1918 der proletarische Arbeiter aufschäumte, kamen unsere „Wirtschaftsführer“ in bange Verzweiflung. Sie grübelten nach einem dicken Mittel, um die Wagen wieder zu glätten.

Bei der Ausführung des schönen Planes zeigte sich nun allerdings die Mehrzahl der Industriellen verächtlich lächelnd. Unter den wenigen, die damit begannen, war Krupp in Essen.

Wichtig ist es mit diesem Anführer zu Ende. Die weiße Salbe hat ihre Schuldigkeit getan, kann darum wieder eingepackt werden. Wieviel Proleten sich damit haben anheimeln lassen, ist in der Öffentlichkeit nicht bekannt.

Debs und Compers Begegnung im Gefängnis

Der große sozialistische Prediger in der Dollarmäusel und sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat Eugen Debs war bekanntlich wegen seines mannhaften Widerstandes gegen die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Weltkrieg jahrelang in Alcatraz, Cal., eingesperrt.

Der Compers, es freut mich herzlich, Sie hier begrüßen zu können! rief Debs. Compers war eine Weile ruhig, dann sagte er bewegt zu Debs: Es gab eine Zeit, da ich Sie mit „Gene“ (Abkürzung von Eugen) und Sie mich mit „Sam“ titulierten.

Dieser Vorfall, den der alte Sozialdemokrat Dan Hogan im Oklahama Reader erzählt, ist charakteristisch für Debs wie für Compers, freilich auch für eine amerikanische Gefängnisverwaltung.

Besucht unsere Verammlungen! Werbt neue Mitglieder!

Table listing prices for boiler materials: Flüssiges Eisen kostet je 100 kg laut Schmelzbericht 20.-, Formierlohn je 100 kg 7.-, Kernmacherlohn je 100 kg 8.-, etc.

Abgerundet auf 65,50 M je 100 kg. Mit hin kostet der Lokomotivzylinder als Stückpreis: 65,50 - 2200 = 1441 M

Da die Eisenbahnverwaltung uns den Zylinder zur Verfügung stellt, so können wir den Zuschußzylinder nur als Druckeisen bemerken zum Preise von 18 M je 100 kg, mit hin 2200 - 18 = 2182 M

aus dieser Kalkulation folgert man, daß die Kalkulation einer glatten Verlust von 1045 M zu verzeichnen hat.

Auf diesem Reich wird leicht blick tragen, Den einzelnen Mann, der schmale Kahn; Doch durch den stürmischen Ocean Müht du nach mächtigerem Fahrzeug fragen Und mit Genossen dich vertragen.

Anaklavius Grün, Sprüche.

Wahlordnung

Für die Vornahme der Wahl der Vertreter zu der Internationalen Platten-, Stahl- und Walzwerkarbeiterkonferenz am 1. und 2. März 1925 und der deutschen Konferenz am 3. März 1925 in Köln a. Rh.

Die Wahl findet nach den Grundätzen der Vertreterwahlen zu den Verbandstagen statt, also durch unmittelbare direkte und geheime Abgabe von Stimmzetteln in den nach Verhandlung mit den Bezirksleitern gebildeten Wahlabteilungen.

Wahlabteilungen.

Table listing election districts (Wahlbezirk) and their corresponding representatives (Bezirk) across various regions like Berlin, Brandenburg, and others.

Wahlberechtigung und Wahlbarkeit.

Wahlberechtigt ist jedes in einem Hochofen-, Stahl- oder Walzwerk beschäftigte Verbandsmitglied, das am Tage der Wahl nicht länger als sechs Wochen mit den Beiträgen im Rückstand ist (§ 21 Abs. 1 a des Statuts).

Über die Beschäftigung der wahlberechtigten Mitglieder in einem der genannten Betriebe stellt die Ortsverwaltung unter Mitwirkung der Betriebsleiter der Hüttenarbeiter (Betriebsräte) Ausweise aus, die mit dem Stempel der Ortsverwaltung versehen sind und den Namen des Wahlberechtigten enthalten müssen.

Wählen kann ein wahlberechtigtes Mitglied nur in der Verwaltungskasse, in der es zurzeit in den Mitgliederverzeichnissen eingetragen ist und sich durch Mitgliedsbuch und Ausweis legitimiert.

Wahlbar ist, wer dem Verband mindestens 3 Jahre gleich 100 Wochen angehört und für diese Zeit die Beiträge bezahlt hat.

Art der Wahl. Stimmzettel.

Die Wahl ist eine geheime; sie erfolgt mittels Stimmzetteln, die bei oder in den Räumen des oder der zu wählenden Delegierten enthält. In diesem Zweck erhält jedes wählende Mitglied einen weißen, mit dem Verbandsstempel versehenen Stimmzettel, auf dem es so viel Namen aus der im Wahllokal angehängten oder aufstehenden Vorwahlzettel zu setzen hat, als Vertreter in der Wahlabteilung zu wählen sind.

In Wahlabteilungen mit einer größeren Anzahl Vertreter können auch mit Namensform der vorgeschlagenen Kandidaten versehenen Stimmzettel verwendet werden. In diesem Falle hat der Wähler so viel Namen zu schreiben, daß der Stimmzettel nicht mehr Namen enthält, als Vertreter zu wählen sind.

Wahlbezirke.

Jeder Ort, dessen räumliche Ausdehnung oder die Lage der in Frage kommenden Hüttenbetriebe es erfordert, kann zur Erzielung einer regen Wahlbeteiligung in mehrere Wahlbezirke eingeteilt werden. Für jeden derartigen Bezirk ist ein Wahlmann zu bestimmen und ein aus drei Personen bestehender Wahlvorstand zu ernennen. Die Entscheidung über die Einteilung der Wahlbezirke und die Ernennung der Wahlvorstände erfolgt durch die Ortsverwaltung.

Die Einteilung der Wahlbezirke, die Bezeichnung der Wahlräume, der Wahl und die Wahlzeit ist den wahlberechtigten Mitgliedern in geeigneter Weise durch Flugblätter oder in der Presse mindestens vier Tage vor der Wahl bekanntzugeben.

Dabei sind die wahlberechtigten Mitglieder auf ihre Pflicht der Teilnahme an der Wahl aufmerksam zu machen und zur regen Beteiligung anzufordern.

Wahltag und Wahlzeit.

Die Wahl erfolgt am Samstag den 14. Februar 1925 von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr.

sonntag den 15. Februar 1925 von nachmittags 3 bis abends 2 Uhr.

In allen Wahlabteilungen erfolgt hierbei in Absprache mit der für die Vertreterwahlen zum Verbandstag in Aussicht genommene Wahlkommision die Wahl an zwei Tagen. Das ist mit Rücksicht auf die Wichtigkeit in den Hütten- und Bergbetrieben bedingt.

Der zuständige Gemeindefunktionär (Ortsverwaltung oder Polizeibehörde) kann innerhalb der angegebenen Wahlzeiten einen anderen Ort oder einen anderen Termin für die Wahl festsetzen, doch muß dies für ein und dieselbe Wahlabteilung einheitlich geschehen und den Mitgliedern rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Die meisten Bestimmungen der Wahlordnung ergeben die Wahlleitung, die Kontrolle der Zähler, die Bekanntmachung der Wahlergebnisse, die Einreichung derselben an die Bezirksleitung und den Verbandstag.

Die Wahlordnung ist bei in Frage kommenden Verbandsmitgliedern bereits bekannt. Im Tage der Wahl wird die Wahlordnung in Wahllokalen zur Verfügung gestellt.

Der Verband.

Die Thüringer Bewegung beendet

Die Lohnbewegung in Thüringen (siehe Nr. 3 der MR) hat nach vielwöchiger Dauer ihren Abschluß gefunden. Am 12. Januar fanden unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsrat Meyer von der Reichs-

Zu der Lohnfrage konnte die Verhandlungskommission der Unternehmer zunächst keine Zugeständnisse machen, da sie an die Beschlässe ihres Ausschusses gebunden war. Dieser mußte erst zusammen-

Im Streit standen noch die Arbeiter in Eisenach, Gotha, Schmalkalden und Saalfeld. Die Arbeiter in Greiz und Zeulenroda hatten bereits die Arbeit aufgenommen unter der Voraussetzung, daß auch für sie die Urlaubsfrage geregelt, die Staffellafarde befristet und eine

Das Ergebnis ist von den streitenden Kollegen mit Mehrheit angenommen worden. Aber die Einstellung der Kollegen ist festgelegt worden, daß Abregulierung wegen der Beteiligung am Streik und an der Aussperrung nicht stattfindend, das Arbeitsverhältnis nicht als unterbrochen gilt und daß betriebsfremde Arbeiter vor dem 1. April 1925 nicht eingestellt werden dürfen.

Wann verjährt ein Lohnanspruch?

Unter Verjährung versteht man den Ablauf der durch Gesetz bestimmten Frist, nach der der Anspruch nicht mehr geltend gemacht werden kann. Irriümlische Meinungen gehen nun dahin, daß Lohn-

Nach § 196 BGB verjähren Ansprüche gewerblicher Arbeiter erst in zwei Jahren. Nach Ablauf dieser Frist kann die Forderung nicht mehr geltend gemacht werden. Die Frist beginnt mit dem Schluß des Jahres, in dem die Forderung entstanden ist. Ist zum Beispiel am 28. Oktober 1924 der fällige Lohn nicht bezahlt worden, so beginnt die Verjährungsfrist am 31. Dezember 1924 und läuft von da an zwei Jahre bis zum 31. Dezember 1926.

Wilhelm Meyer †

Von Klotz kommt die Trauerbotschaft, daß dort am 14. Januar der Former Wilhelm Meyer die Augen für immer geschlossen hat. Er ist wohl der älteste organisierte Metallarbeiter Deutschlands gewesen. Er wurde am 23. Oktober 1853 in Parsa a. d. Elbe geboren, ging als ganz junger Former auf die Waage, durchkreuzte Dänemark, Deutschland, die Schweiz und Österreich.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg, Befensbühnenhof 70

Table showing income and expenses for the general sick and death fund in the 4th quarter of 1924.

Table showing income and expenses for the general sick and death fund in the 4th quarter of 1924 (continued).

Table showing income and expenses for the general sick and death fund in the 4th quarter of 1924 (continued).

Sterbekasse für Mitglieder der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. a. G., Hamburg) und deren Frauen

Table showing income and expenses for the death fund in the 4th quarter of 1924.

Table showing expenses (Ausgaben) including contributions to branches and administrative costs.

Table showing income (Einnahmen) and expenses (Ausgaben) for the general sick and death fund.

Mit Vorliebe unterbreiten wir die kurzgebrachten Beschlüsse über das 4. Quartal 1924. Wie aus derselben ersichtlich ist, haben sich die finanziellen Verhältnisse seit der Generalversammlung in Heilbronn erheblich verbessert.

Des ferneren weisen wir darauf hin, daß mit der Erhebung des Extrabeitrag.s für das 1. Quartal 1925 zu beginnen ist und sämtliche überschüssigen Gelder an die Hauptkasse einzuzahlen sind.

Mit Gruß Der Vorstand. J. A. P. Belzer.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg

Abrechnung über den Agitations- und Unterstützungsfonds für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1924

Table showing the accounting of the agitation and support fund for the period from August 1st to December 31st, 1924.

Berlin, 9. Januar 1925.

Der Ausschussrat. J. A. P. Deutschmann, Geprüft und für richtig befunden: J. Bieloch, B. Graeber, Neufuss.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag dem 1. Febr. ist der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. Februar 1925 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table listing administrative districts and their respective contribution quotas for the general sick and death fund.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Geschlossen wurden: Mitgliedsbuch Nr. 3,696,856, lautend auf den Schlosser Willi Burmeister, geb. am 7. Juni 1905 zu Bismar. (Bismar.) Mitgliedsbuch Nr. 5,104,739, lautend auf den Metallarbeiter Wilhelm Höpner, geb. am 10. April 1877 zu Lützen. (Bismar.) Stuttgart, Kollwitzstraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhause:

von Formern und Siedereiarbeitern nach Osabrück (Hinz Beymann) u.; von Samarbeitern nach Budapest, u.; von Hammerriedern nach Summersbach (Gebrüder Höfer, Kaiser) u.; von Feigungsmeistern nach Dortmund (Fu. Schartzkoff) u.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Bergeborst (Bergeborst Eisenwerk) u.; nach Grubbad bei Heilbronn (Schraubenfabrik Arnold) St.; von Metallarbeitern nach Penig i. S. (Adolf Lamprecht, Emaillewerk) u.